

Ressort: Politik

FDP und CDU kritisieren Altmaier-Pläne

Berlin, 30.01.2013, 04:15 Uhr

GDN - Der Vorstoß von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) für eine Strompreisbremse sorgt in Koalition und Opposition für Kritik. Gegenüber der "Bild-Zeitung" (Mittwochausgabe) sagte FDP-General Patrick Döring: "Rückwirkende Kürzungen bei bestehenden Anlagen bergen hohe rechtliche Risiken, da die EEG-Vergütung über 20 Jahre garantiert wird. Stattdessen muss der Förderzeitraum für neue Anlagen deutlich verkürzt und die Förderhöhe reduziert werden."

Auch Unions-Fraktionsvize Günter Krings betonte: "Bei der Ausgestaltung der Strompreisbremse muss das Prinzip des Vertrauensschutzes sorgfältig berücksichtigt werden." SPD und Grüne wollen die Pläne boykottieren. Garrelt Duin, SPD-Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, kritisierte die Pläne als "unausgegoren": "Es gibt keine Gesetzesvorlagen, mit denen wir uns befassen könnten, nur Flickschusterei. Altmaier hat offenbar kein Interesse an Abstimmung mit den Ländern." Es werde nur der Anschein einer Lösung erweckt, so Duin weiter, und warnt vor Gefährdung von Arbeitsstellen: "Erleichterung für die Bürger ist schnell zu machen, wenn der Bund auf den Anteil an der Stromsteuer verzichtet. Was wir nicht mitmachen, ist die Gefährdung des Industriestandorts. Altmaier gefährdet hunderttausend Jobs in der Stahl oder Chemieindustrie, wenn er sich durchsetzt." Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will den Altmaier-Vorstoß im Bundesrat stoppen, sagte der "Bild": "Bezahlbare Strompreise sind wichtig, aber durch die Deckelung wird der Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Hintertür hintertrieben. Es gibt dadurch keinerlei Planungssicherheit, da kein Investor das Risiko eingeht, möglicherweise mehrere Monate keine Vergütung mehr zu bekommen." Das würde "die Energiewende konterkarieren". Zudem könne der Ausbau der Erneuerbaren nicht für alle Preissteigerungen verantwortlich gemacht werden: "Die Strompreise sind in der Vergangenheit - also auch schon vor der Energiewende - gestiegen." Grünen-Bundestagsfraktions-Vize Bärbel Höhn sagte gegenüber "bild.de": "Die Hürde ist zunächst nicht der Bundesrat, sondern das muss im Bundestag verabschiedet werden. Und Minister Altmaier wird in den eigenen Reihen und bei der FDP keine Mehrheit finden, um die bisher fast komplett befreite Industrie deutlich am Ausbau der Erneuerbaren zu beteiligen. Private Haushalte zahlen oft mehr als 28 Cent die Kilowattstunde, stromintensive Unternehmen aufgrund der vielen Ausnahmen nur 6 Cent."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-6708/fdp-und-cdu-kritisieren-altmaier-plaene.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com